

Liebe Kolleginnen, liebe Patienten und ich grüße unsere Chefs!

Es geht uns mit der Teilnahme an der heutigen Veranstaltung nicht um die Frage Kostenerstattung JA/Nein? oder ob uns polemische Überschriften weiterbringen bzw. ob Demonstrationen generell Mittel der Wahl sind. Es geht darum, Patienten, Versicherten und Wählern zu zeigen, dass die derzeitige gesundheitspolitische Entwicklung negative Auswirkungen auf die gesamte medizinische Versorgung haben wird.

Deshalb beteiligt sich der Verband medizinischer Fachberufe, ehemals BdA, an der heutigen Demonstration. Wir, die größte Interessenvertretung der Mitarbeiterinnen in Arzt- und Zahnarztpraxen, stehen hier stellvertretend für mehr als 500.000 Frauen, betroffen von vergangenen und geplanten Gesundheitsreformen.

Seit Jahren wird versucht, auch auf unsere Kosten ein System mit Negativbilanz aufrechtzuerhalten. Jede Hausfrau weiß solch eine Situation bei ihrer Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Schrumpft die Haushaltskasse, wird Familienrat gehalten, nach Einsparmöglichkeiten gesucht und vor allem danach, wie die Verdienstmöglichkeiten erhöht werden können. Aber weder Frau Schmidt noch Frau Merkel haben wahrscheinlich je einen Mehrpersonenhaushalt gemanagt, noch war ihre finanzielle Situation prekär.

Denn sonst wüssten sie, wie es unseren Frauen geht, wie man sich fühlt, wenn man jeden Euro dreimal umdrehen muss. Vielleicht könnten sie dann auch etwas Verständnis für den Protest unserer Frauen zeigen.

Sie stehen tagtäglich in den Praxen ihre Frau. Doch wenn Frau alt wird und auf ein arbeitsreiches Leben zurückblickt, bleibt ihr nur die Altersarmut. Experten gehen z. B. davon aus, dass die Rentenansprüche einer Arzthelferin, die in Teilzeit arbeitet (das ist mittlerweile mehr als jede zweite) in 20 Jahren bei unter 600 Euro liegen.

Jeder weiß, dass ständige Budgetierung und Honorarreglementierung im ambulanten Gesundheitswesen zu Lohnzurückhaltung, Arbeitslosigkeit und Minijobs der Mitarbeiterinnen führen. Und wer soll dann noch Krankenkassenbeiträge zahlen, wenn reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze dort, wo Arbeit, wo viel Arbeit vorhanden ist, abgeschafft wird?

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, vor einigen Tagen haben sie gesagt: «Hier geht es nicht um 100.000 oder 200.000 Menschen, sondern um 80 Millionen Versicherte.» Sie haben Recht, es geht um die Menschen, die sich uns in den Praxen anvertrauen. Und genau deren Sicherheit setzten Sie mit ihrer Aussage aufs Spiel.

Patienten möchten in ihrer schwierigen Situation der Krankheit fachlich und menschlich gut versorgt werden. Sie möchten sich darauf verlassen können, dass die Mitarbeiterin, die ihnen eine Injektion gibt, dazu auch ausgebildet ist.

Frau Kanzlerin, Ihre derzeitige gesundheitspolitische Strategie ist nicht für, sondern gegen 80 Mill. Versicherte. Sie können an uns Praxismitarbeiterinnen nicht sparen, sondern nur mit uns gemeinsam nach Effizienz und Effektivität im System schauen.

"Wenn es ein Geheimnis des Erfolges gibt, So ist es das: den Standpunkt des anderen verstehen und die Dinge mit seinen Augen zu betrachten." (Henry Ford, amerikanischer Industrieller, 1863)



## Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Wir fordern Sie deshalb auf:

- solche gesetzlichen und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine individuelle und vertrauensvolle Behandlung und Begleitung von Patienten ermöglichen.
- unsere Fachkompetenz und unsere praxisorganisatorischen Fähigkeiten sowie unsere psychosozialen Kompetenzen bei der Neugestaltung eines entbürokratisierten Gesundheitswesens einzubeziehen.
- Anreize so zu setzen und damit das Beschäftigungspotenzial so zu aktivieren, dass die Berufe der Medizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellte - bzw. der Arzt- und Zahnarthelferinnen - wieder mehr von qualifizierten Bewerbern nachgefragt werden. Nur so ist es möglich, die dargestellten Ressourcen auch zu nutzen. Das Gehalt muss sozialverträglich sein und die Zukunft sichern.
- eine solide Finanzierungsgrundlage für die Gehälter der Praxismitarbeiterinnen zu schaffen. Derzeit laufen wir unter „Sachkosten“ und werden somit aus dem gleichen Topf wie Betriebskosten bezahlt. Als Lösung für dieses Problem bietet sich z.B. die Bildung eines Entlohnungsfonds an und damit verbunden eine Regulierung des Verteilungsmodus. Das bedeutet auch immer, dass sich die Kolleginnen an der Qualitätssicherung beteiligen und sich modernen Anforderungen stellen.
- sich dafür einzusetzen, dass die Frauen im ambulanten niedergelassenen Versorgungsbereich endlich wahrgenommen werden und die gesellschaftliche Anerkennung erhalten, die Frauen in sozialen Berufen zusteht.  
Das schließt die Zuordnung zu den medizinischen Fachberufen ein. Derzeit wird die Berufsgruppe der Medizinischen, Zahnmedizinischen und Tiermedizinischen Fachangestellten bzw. Arzt-, Zahnarzt- und Tierarthelferinnen aus formalen Gründen dem Verwaltungspersonal zugeordnet.  
Auch wenn wir keine Profession im klassischen Sinne sind, können wir für uns doch unsere Berufsethik in Anspruch nehmen: Es ist das ständige Bemühen alles für die sich uns anvertrauenden Patienten zu tun.
- die Kompetenzen der gut aus- und weitergebildeten Medizinischen Fachangestellten / Arthelferinnen bzw. Zahnmedizinischen Fachangestellten/Zahnarthelferinnen klar zu analysieren und autonomes Handeln zu definieren.

Ein modernes, zukunftsorientiertes und finanzierbares Gesundheitssystem ist nur möglich mit proaktiven Patienten und proaktiven Praxisteams, denen kein abwartendes und reaktives, sondern ein frühzeitiges und initiatives Handeln eigen ist. Wir sind bereit, dieses Gesundheitswesen mitzugestalten.

Ein Sprichwort sagt, wer A sagt muss auch B sagen. Brecht setzt diesen Worten etwas entgegen. Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.

Haben Sie doch endlich Mut einzusehen, dass es nicht ohne uns, sondern nur mit uns geht. Denn schon unsere Chefs wissen: Ein Arzt allein ist keine Praxis!